

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) Dass wir nach Jahren des Arbeitsplatzabbaus in Deutschland unter dieser Großen Koalition endlich die Trendwende geschafft haben, ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Großbetrieben ebenso wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittelständischen Betrieben, die der eigentliche Jobmotor bei uns in Deutschland sind, die erfreuliche Nachricht.

Es geht wieder aufwärts. Es entstehen wieder Arbeitsplätze in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück. Diese Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg. Sie setzt die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft und damit für neue Arbeitsplätze in Deutschland. Auf diesem Weg wollen wir sie tatkräftig weiter unterstützen.

Vielen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ich fände es gut, wenn die Grünen auch einmal drankämen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Herr Kelber, reden Sie für die Grünen mit?)

Ulrich Kelber (SPD):

- (B) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Titel dieser Aktuellen Stunde ist recht allgemein gehalten. Aber natürlich geht es um die Zukunft der Arbeitsplätze bei der Deutschen Telekom. Wir wissen, es soll bei der Deutschen Telekom keine Entlassungen geben. Aber für die Beschäftigten geht es um die Qualität ihrer Arbeitsbedingungen, um die Höhe ihrer Löhne. Viele haben Angst, dass der Ausgründung in eine neue Gesellschaft irgendwann der Verkauf dieser Gesellschaft folgen könnte, auch wenn das Management hier beruhigt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: So ist es!)

Politik muss diese Ängste und diese reale Bedrohung von Arbeitsverhältnissen ernst nehmen. Das heißt aber nicht, dass wir jetzt aufgefordert sind, wohlfeile Forderungen an das Unternehmen zu stellen. Die neue Leitung der Deutschen Telekom steht vor großen Herausforderungen, um die knapp 200 000 Arbeitsplätze auf Dauer gegen einen aggressiven Wettbewerb zu sichern.

Die Probleme der Deutschen Telekom sind sicher auch hausgemacht, sind Folgen früherer Fehlentscheidungen des Managements, aber auch Folgen der besonderen Belastungen im Vergleich zu den Wettbewerbern durch die Privatisierung vor zehn Jahren. Sie sind aber auch Folgen des Wettbewerbs auf dem Telekommunikationsmarkt. Dieser ist von der Politik gewollt. Durch seine Preissenkungen hat er den Internetboom der letzten Jahre überhaupt erst möglich gemacht. Stellen Sie sich einmal vor, auf die alten Telefonrechnungen wären Handy- und Internetkosten noch draufgekommen. Das

(C) hätte ein normaler Arbeitnehmer oder eine normale Arbeitnehmerin nicht mehr bezahlen können. Von daher waren der technische Fortschritt und damit verbundene Preissenkungen natürlich gewollt. Aber dieser Wettbewerb hinterlässt seine Spuren, tiefe Spuren.

Nicht zuletzt sind aktuelle technische Neuerungen, vor allem die Umstellung auf internetprotokollbasierte Netze, eine entsprechende Herausforderung. Diese Netze benötigen nur noch 10 bis 20 Prozent des Personals, das bei den alten Techniken notwendig war. Das ist die schwierige Aufgabe von Unternehmensleitungen, Beschäftigten und Gewerkschaften.

Aber auch Politik hat eine Aufgabe. Aufgabe der Politik ist es, zu analysieren, welche Rahmenbedingungen auf dem Telekommunikationsmarkt in Deutschland und der Europäischen Union herrschen müssen, um niedrige Preise, modernste Technologie und gute Arbeitsbedingungen gleichwertig zu gewährleisten.

Ein guter Anlass dafür ist die Überarbeitung der Regulierung des Telekommunikationsmarktes auf europäischer Ebene. Spätestens mit der Umrüstung auf internetprotokollbasierte Netze sinken die Markteintrittsbarrieren für Wettbewerber noch einmal entscheidend. Das ist der Punkt, an dem man überlegen muss, ob man die bisherigen Formen der Regulierung eins zu eins fort schreibt oder ob man auf ein klares Kartellrecht umstellt, um eine Regulierung, die Druck in Bezug auf Arbeitsverhältnisse macht und an bestimmten Stellen auch ein Hindernis für Investitionen in neue Arbeitsplätze ist, in ein normales Kartellrecht zu überführen.

(D) Wir müssen eine Antwort darauf finden, warum Deutschland und die Europäische Union bei den Investitionen in Telekommunikationsnetze hinter die USA, Asien und auch hinter das Europa, das nicht zur Europäischen Union gehört, zum Beispiel die Schweiz, zurückfällt. Diese Investitionen sind die eigentliche Methode, um neue Nachfrage, neue Märkte und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

In den USA entstehen neue Telekommunikationsgiganten, in Asien auch.

In Zukunft werden sich aber nicht nur Telekommunikationsfirmen gegenseitig Konkurrenz machen, wie wir das heute noch – siehe Zeitungsbeilagen und Plakate – gewöhnt sind. Es werden ganz andere Firmen auftreten, denn die Ware Netz, also der Transport von digitalen Daten, wird immer preisgünstiger. Die Konkurrenten der Telekommunikationsfirmen wie der Deutschen Telekom heißen in Zukunft Google, Microsoft, Time Warner und Ebay. Diese unterliegen keiner marktspezifischen Regulierung, sondern werden im Gegenteil von der heutigen marktspezifischen Regulierung noch mit einem günstigen Zugang in die Netze versehen, während sie in ihrem eigenen Bereich zum Teil über natürliche Monopole verfügen, nämlich bei den Inhalten.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: So ist es!)

Telekommunikationsmarkt, Fernsehmärkte und Märkte anderer digitaler Medien wachsen zusammen.

Ulrich Kelber

- (A) Deutschland und Europa können auf Dauer nicht drei, sich zum Teil noch widersprechende, marktspezifische Regulierungen behalten. Wir brauchen eine einheitliche Regulierung entlang der Maßstäbe eines durchsetzungsfähigen Kartellrechts. Es muss durchsetzungsfähig, aber auf Dauer nicht mehr marktspezifisch sein. Das schafft neue Luft für Unternehmen wie die Deutsche Telekom für Investitionen. Würden wir nur das Niveau der USA und der Schweiz bei Investitionen pro Kopf in die Telekommunikation erreichen, wäre das in der Europäischen Union eine Verdrei- oder Vervierfachung. Das wären allein für Deutschland zusätzliche 100 000 Arbeitsplätze. Der Markt für diese Dienstleistungen ist da. Darüber müssen wir sprechen und dann auch entsprechend handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat jetzt der Kollege Stefan Müller, CDU/CSU-Fraktion.

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir bestreiten am Freitagnachmittag eine sehr bemerkenswerte Debatte. Bemerkenswert sind insbesondere die Wortmeldungen der Kollegen von der Linksfraktion.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Ich frage mich da in der Tat: Was hat es eigentlich den betroffenen Mitarbeitern der Telekom gebracht, was Sie hier heute zum Besten gegeben haben? Vor allem bei Ihren Einlassungen, Herr Dr. Schui, die doch sehr philosophisch waren, habe ich erhebliche Zweifel, ob das in der Sache irgendetwas bewirkt hat. Insofern habe ich schon die Frage zu stellen, inwieweit es notwendig war, diese Aktuelle Stunde durchzuführen, wenngleich ich Ihnen zugestehen will, dass wir uns politisch auch einmal ganz allgemein über dieses Thema unterhalten und uns genau ansehen müssen, was in den deutschen Großkonzernen so abläuft.

Es wäre schön gewesen, wenn wir auch die Meinung der Grünen hätten erfahren dürfen.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das wäre gut gewesen!)

Leider war das heute am Freitagnachmittag nicht möglich. Wir verstehen das sicherlich alle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will aber sagen, dass ich trotzdem dankbar für diese Debatte bin, gibt sie doch die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, dass allen schlechten Nachrichten zum Trotz, die wir leider zur Kenntnis nehmen müssen, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wirklich positiv ist. Ich darf Ihnen noch einmal vortragen, wie die Zahlen, die wir in der letzten Woche zur Kenntnis nehmen durften, aussehen. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr einen Abbau der Arbeitslosigkeit um über 800 000 Personen.

- (Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sehr gut!) (C)

Wir haben 150 000 jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren weniger als im Vorjahr. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr 77 000 ältere Arbeitslose weniger. Wir haben vor allem 452 000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. 452 000 Menschen waren letztes Jahr noch arbeitslos und haben jetzt wieder eine Beschäftigung. Ich finde, auch diese Aktuelle Stunde ist durchaus dazu geeignet, sich noch einmal mit diesen Menschen zu freuen, die vor einem Jahr noch arbeitslos waren und jetzt wieder eine Beschäftigung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Gleichwohl gebe ich durchaus zu, es gab und gibt einen bedenklichen Abbau beim Personal, insbesondere bei großen deutschen Konzernen. Da ist die Telekom kein Einzelfall. Wir haben in den letzten Jahren dort leider einiges zur Kenntnis nehmen müssen. Ich möchte das nicht im Einzelnen vortragen; die Namen sind Ihnen allen bekannt, ob es nun BenQ, Schering, Alcatel, Allianz oder Marktkauf ist. Überall dort hat es einen Personalabbau in erheblichem Maße gegeben. Ich schließe mich all denen an, die auch heute noch einmal die Gelegenheit genutzt haben, um deutlich zu machen, dass man kein Verständnis dafür haben kann, dass man auf Bilanzpressekonferenzen auf der einen Seite große Gewinne verkündet, auf der anderen Seite aber auf derselben Pressekonferenz sagt, wir müssen uns leider von einigen Tausend Mitarbeitern trennen. Dafür habe ich genauso wenig Verständnis. Deswegen ist es gut, dass wir darüber reden. (D)

Wenn man sich einmal die Bedeutung der DAX-Unternehmen ansieht, stellen wir fest, die 30 DAX-Firmen haben im letzten Jahr gut 27 Milliarden Euro an Gewinnen ausgeschüttet. Sie haben 3,6 Millionen Menschen beschäftigt. Sie haben trotzdem in den letzten Jahren 44 000 Arbeitsplätze gestrichen.

Herr Schui, wenn Sie sagen, Mittelstand sei eine Geisteshaltung,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Hat er nicht gesagt!)

weise ich zumindest darauf hin, dass im Mittelstand seit 1995 2,4 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden sind. Ich finde, wir sollten die Debatte heute dazu nutzen, uns bei den kleinen und mittleren Betrieben in unserem Lande dafür zu bedanken, dass sie den Mut aufgebracht haben, in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation noch neue Arbeitsplätze zu schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Mittelstand ist gut!)

Trotzdem muss darauf hingewiesen werden, dass man Arbeitgeber braucht, wenn man Arbeitsplätze haben will. Wer möchte, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze anbieten, muss insbesondere in der Politik dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen, in denen sich die Wirtschaft bewegt, wettbewerbsfähig ausgestaltet sind.